

II-2471 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1232/J

1985-03-26

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. PAULITSCH, DEUTSCHMANN
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Grunderwerbssteuergesetz 1955

Im Bereich des Bundesministeriums für Finanzen wird seit mehreren Jahren über die Frage einer generellen Änderung des Grunderwerbssteuergesetzes 1955 in der geltenden Fassung gesprochen bzw. verhandelt. Es ist bekannt, daß die Exekution dieses Gesetzes durch die Finanzverwaltung einen beachtlichen Arbeitsaufwand erfordert, weil eine große Anzahl von Befreiungsbestimmungen zu handhaben sind und der Grundstücksverkehr ein beachtlich hohes Ausmaß erreicht hat. Das Grunderwerbssteuergesetz ist auch eine nicht zu übersehende wirtschaftliche Komponente.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist es zutreffend, daß die Gespräche und Verhandlungen über eine grundlegende Änderung des Grunderwerbssteuergesetzes 1955 weitergeführt werden?

- 2) Wenn ja, wann kann mit dem Abschluß gerechnet werden?
- 3) Ist daran gedacht, alle Befreiungsbestimmungen zu eliminieren und einen einheitlichen Steuersatz einzuführen?
- 4) Gehen die Überlegungen auch in Richtung der Verlängerung der Anzeigefrist von 2 auf 4 Wochen?